

04.10.2017

Antrag

der Fraktion der SPD

Die Stahlsparte von Thyssenkrupp muss in Nordrhein-Westfalen bleiben!

I.

Am Mittwoch, den 20. September 2017 hat der Konzernvorstand von Thyssenkrupp bekanntgegeben, dass sich das Unternehmen mit dem indischen Stahlkonzern Tata über die Fusion der Stahlsparten der beiden Konzerne im Grundsatz geeinigt habe. Ein Vertrag soll Ende 2018 unterschriftsfähig sein. Diese Entscheidung wurde ohne Beteiligung der Arbeitnehmerseite und der Aufsichtsgremien des Konzerns getroffen.

In der auszulagernden Stahlsparte von ThyssenKrupp sollen im Zuge der Fusion 2000 Stellen wegfallen. Der Sitz des fusionierten Unternehmens soll in den Niederlanden sein, der Betriebsrat geht vor allem von Steuerspar-Gründen aus. In den Niederlanden genießen Unternehmen u.a. eine 100% Steuerbefreiung auf Einkommen aus Dividenden und Vermögensgewinnen. Weiterhin ist es dort übliche Praxis, dass Finanzverwaltung und Unternehmen ihre Steuergestaltung individuell aushandeln. Auch wenn einige missbräuchliche Gestaltungen inzwischen durch die EU unterbunden worden sind, sind die Niederlande immer noch ein Steuerparadies. Alleine in Amsterdam sind 13.000 Briefkastenfirmen gemeldet, darunter multinationale Konzerne wie Apple, Starbucks und Ikea. Eine solche Verlagerung der Konzernzentrale wird zu Steuerausfällen bei den öffentlichen Kassen in NRW führen.

Durch die Fusion und die Verlagerung der Konzernzentrale in die Niederlande wird die Montanmitbestimmung massiv bedroht: In den Niederlanden gilt die deutsche Mitbestimmung nicht.

Dagegen haben beim Stahlaktionstag in Bochum am 22. September 2017 mehr als 7000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer protestiert.

II.

Ministerpräsident Armin Laschet und Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart haben sich öffentlich hinter die Pläne des Konzernvorstands gestellt, nach der Fusion den Firmensitz in die Niederlande zu verlegen. Demgegenüber erklärte der Vertreter der Landesregierung, Arbeits- und Sozialminister Laumann, auf dem Stahlaktionstag:

„Da, wo man gut behandelt wird, geht man nicht weg. Ich stelle mir Dankbarkeit anders vor. Thyssenkrupp gehört nach Nordrhein-Westfalen – auch was den Firmensitz angeht.“

Datum des Originals: 04.10.2017/Ausgegeben: 04.10.2017

III.

Der Landtag unterstützt die Forderung des Arbeitsministers Karl Josef Laumann, dass ein zukünftiger Konzernsitz nach Nordrhein-Westfalen gehört.

Norbert Römer
Marc Herter
Michael Hübner
Martin Börschel
Sarah Philipp
Frank Sundermann

und Fraktion